

Anfragen an den Vorstand

An **Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin**
Mit der Bitte um Kenntnisnahme

Anlass 17. Sitzung der Delegiertenversammlung am 09. September 2026

Ansprechperson Jan Ole Eggert, Tel. +49 30 408 06 - 41 00, E-Mail: o.eggert@aekb.de

TOP 1 Anfragen an den Vorstand

Anfrage der Fraktion Gesundheit an den Vorstand für die Delegiertenversammlung im September 2026 – Resultate früherer Beschlüsse zur Kinderarmut in Deutschland

Zum Jahreswechsel 2024/2025 hat eine interfraktionelle Arbeitsgruppe der Delegiertenversammlung, bestehend aus Mitgliedern der Fraktion Gesundheit und des

Marburger Bundes, eine Resolution erarbeitet mit dem Titel „Kinderarmut in Deutschland endlich entschlossen entgegneten“. Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit am 19. Februar 2025 von der Delegiertenversammlung verabschiedet. Eineinhalb Jahre später und im Vorfeld der Wahlen zum Abgeordnetenhaus möchten wir uns ein Bild machen, welchen Einfluss diese Resolution seither in der politischen Arbeit des Vorstandes der Ärztekammer Berlin gespielt hat, und adressieren zu Kernpunkten der Resolution daher einige Fragen. Eine auch im Schriftbild hervorgehobene Kernforderung der Resolution ist:

„Wir fordern die umgehende Etablierung einer tatsächlich armutsverhütenden finanziellen Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien. Gleichzeitig müssen die Maßnahmen zu Bildung und Teilhabe so gebündelt werden, dass sie für die Familien einfach zugänglich und abzurufen sind.“

1. Bei welchen Gelegenheiten hat der Vorstand diese Forderung in der politischen Diskussion vertreten?

Die Mitglieder des Vorstands vertreten die politischen Forderungen der Ärztekammer Berlin konsequent und regelmäßig in ihren Gesprächen mit Berliner Politiker:innen. In den am 27. Mai 2026 veröffentlichten Forderungen der Ärztekammer Berlin anlässlich der Wahl zum Abgeordnetenhaus Berlin ist die Stärkung der Kindergesundheit an erster Stelle genannt. Darin wird unmissverständlich unterstrichen, dass das Problem der mangelnden medizinischen Versorgung eng mit der ungelösten Kinderarmut sowie mit Ungleichheiten bei Bildungschancen verknüpft ist. Die Forderungen wurden mit einer Pressemitteilung veröffentlicht und per E-Mail an die Gesundheitspolitiker:innen und Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin gesendet. Zudem wurden die Forderungen in den sozialen Medien (Instagram und LinkedIn) veröffentlicht.

Diese und weitere Forderungen wurden am 11. Juni 2026 im Rahmen eines gesundheitspolitischen Abends in der Ärztekammer Berlin im persönlichen Gespräch von Mitgliedern des Vorstandes an die anwesenden Politiker:innen adressiert.

Kontinuierlich bringen Frau Dr. med. Laura Schaad und Frau Dr. med. Susanne von der Heydt als Mitglieder des Vorstandes der Ärztekammer Berlin Themen der Kindergesundheit in den im März 2024 erstmals zusammengekommenen und durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege gegründeten Runden Tisch „Kindergesundheit“ ein. Er ist als zentrales Steuerungsgremium eingerichtet und wird von der Staatssekretärin

für Gesundheit, Ellen Haußdörfer, geleitet. An dem Runden Tisch nehmen Vertreter:innen von Kliniken, Verbänden, Trägern und Schlüsselpersonen aus den Senats- und Bezirksverwaltungen teil. Der Runde Tisch tagt zweimal im Jahr.

2. Wie haben die verschiedenen Gesprächspartner darauf reagiert?

Die Mitglieder des Vorstandes berichten aus Gesprächen mit Politiker:innen über große Besorgnis angesichts der hohen Kinderarmut in Berlin. Bisher folgen diesen Worten jedoch auf politischer Ebene bedauerlicherweise kaum konkrete Taten zur Verbesserung der bedrückenden Situation.

3. In welcher Form verfolgt der Vorstand dieses Anliegen weiter?

Der Vorstand der Ärztekammer Berlin wird seine Forderungen nachdrücklich auch gegenüber dem neuen Berliner Senat vertreten. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ist geplant, erneut auf die Forderungen aufmerksam zu machen. Darüber hinaus werden sie im Zuge von Kennenlerngesprächen mit den neuen gesundheitspolitischen Sprecher:innen sowie der neuen Senatorin oder dem neuen Senator vorgebracht. Weiterhin setzt man sich für eine Fortführung des Runden Tisches „Kindergesundheit“ ein. Im Ausschuss für Gesundheit und Pflege im Abgeordnetenhaus am 31. August 2026 wurde angekündigt, dass der Abschlussbericht des Runden Tisches dem Abgeordnetenhaus im November 2026 vorgelegt werden solle. Staatssekretärin Haußdörfer betonte im Namen der Senatsverwaltung, dass sie einen großen Mehrwert in dem interdisziplinären Austausch sehe.

Mit der nachdrücklichen Forderung nach einer verbindlichen und umfassenden Einführung von Schulgesundheitsfachkräften an Berliner Schulen unterstreicht der Vorstand die Dringlichkeit der Erhöhung von Gesundheitskompetenz bei Kindern. Dies geschieht durch Anträge beim Deutschen Ärztetag sowie durch Videos und Postings mit Frau Dr. med. Kathleen Chaoui in den sozialen Medien.

Zum 129. Deutschen Ärztetag in Leipzig haben Berliner Abgeordnete, darunter auch Mitglieder des Vorstandes, den Antrag „Kindergesundheit stärken – Kinderarmut entschlossen entgegentreten“ (Ic – 111) gestellt.

4. Hat der Vorstand den Eindruck, dass es in der hier formulierten Problematik in unserem Land seit Anfang 2025 Fortschritte gegeben hat, etwa durch den Regierungswechsel im Bund?

Vorstandsseitig besteht der Eindruck, dass mit der aktuellen Bundesregierung leider eher Rückschritte hinsichtlich der Bekämpfung von Kinderarmut zu beobachten sind. Zudem scheint es weniger Fokus auf Gleichberechtigung und politische Bildung bzw. Bildung im Allgemeinen gelegt zu werden.

Kinderarmut bleibt somit in Deutschland ein erhebliches sozial- und gesundheitspolitisches Problem. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 2024 rund 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche bzw. 15,2 % der unter 18-Jährigen armutsgefährdet. Besonders betroffen sind Kinder aus Haushalten mit niedrigem Bildungsniveau, von Alleinerziehenden und mit Einwanderungsgeschichte. 11,3 % der unter 16-Jährigen waren materiell oder sozial benachteiligt. Zugleich belegt das Robert Koch-Institut einen Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung und schlechteren Gesundheitschancen.

Politisch ist seit 2025 eine Abkehr von der ursprünglich geplanten Kindergrundsicherung festzustellen. Das Gesetzgebungsverfahren der Ampel blieb erfolglos. Stattdessen wurden Kindergeld, Kinder-Sofortzuschlag und Kinderzuschlag erhöht. 2026 wurde darüber hinaus das antragslose Kindergeld beschlossen, das ab 2027 bürokratische Hürden und den Nichtbezug zustehender Leistungen reduzieren soll.

Mit der Sozialstaatskommission wird zugleich eine umfassendere Reform vorbereitet. Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag sollen perspektivisch stärker zusammengeführt und der Zugang zu Leistungen digitalisiert und vereinfacht werden. Die Empfehlungen liegen seit Januar 2026 vor; die Umsetzung ist teilweise angelaufen, die materielle Ausgestaltung und Armutsfestigkeit der Leistungen bleiben jedoch offen.

Bei Bildung und Chancengleichheit sind der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab August 2026, der weitere Ausbau der Kita-Qualität sowie Startchancen- und Sprachförderangebote die zentralen Maßnahmen. Diese sollen sowohl Bildungsungleichheiten reduzieren als auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.

Begrüßenswert ist, dass Kinderarmut gesundheitspolitisch zunehmend als Querschnittsthema verstanden wird. Die Bundesregierung plant eine stärkere zielgruppenspezifische Prävention, eine Weiterentwicklung der U-Untersuchungen und eine Strategie zur mentalen Gesundheit junger Menschen. Fachverbände fordern darüber hinaus eine bessere psychotherapeutische und kinderpsychiatrische Versorgung, stärkere Prävention und eine bessere Verzahnung von Gesundheitswesen, Jugendhilfe und Bildung.

Gleichzeitig zeichnet sich 2026 ein gegenläufiger Trend ab: Im Rahmen von Haushaltskonsolidierung werden Einschnitte beim Unterhaltsvorschuss und beim Elterngeld diskutiert. Besonders die geplante Begrenzung des Unterhaltsvorschusses für ältere Jugendliche ist innerhalb der Koalition und bei Verbänden umstritten. Für die gesundheitspolitische Bewertung ist daher entscheidend, dass Kinderarmutsbekämpfung nicht nur über medizinische Versorgung, sondern auch über ausreichende materielle Sicherung, Bildung, Wohn- und Teilhabemöglichkeiten sowie niedrigschwellige Prävention betrachtet wird.

Mit Blick auf die Bundesebene, sei abschließend noch auf die aktuelle Initiative der Bundesärztekammer in Zusammenarbeit mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen (BVKJ) verwiesen. In einem gemeinsamen Schreiben vom 3. September 2026 fordern sie den Bundesminister für Gesundheit, Herrn Dr. Carsten Linneemann, zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Förderung der Weiterbildung in der Kinder- und Jugendmedizin auf.

An anderer Stelle in der Resolution vom 19. Februar 2025 heißt es: „Die Ärztekammer Berlin erklärt ihren ausdrücklichen Willen, mit der KV Berlin und weiteren Stakeholdern der medizinischen Versorgung der Stadt Berlin in einen Dialog zu treten, um innovative Konzepte zur flächendeckenden Sicherung der pädiatrischen Versorgung zu entwickeln und dafür Sorge zu tragen, dass allen Eltern rechtzeitige Termine zu den notwendigen Vorsorgeuntersuchungen angeboten werden.“

5. Wann ist die Ärztekammer Berlin mit der KV Berlin in einen Dialog getreten, um solche innovativen Konzepte zu entwickeln?

Aktuell planen Dr. med. Laura Schaad und Dr. med. Reinhard Bartecky, Landesvorsitzender des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzt*innen (BVKJ), mit Vertreter:innen der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin (KV Berlin) ein Treffen, um die Vernetzung zu verbessern und den Gedankenaustausch zu intensivieren, wie gemeinsame Forderungen, wie in der Resolution „Kinderarmut“ formuliert, besser positioniert werden können.

Im März 2026 hat es bereits ein Treffen von Dr. med. Laura Schaad, Dr. med. Reinhard Bartecky sowie Dr. med. Axel Moysisch, beide als Vertreter des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzt*innen (BVKJ), mit Vertreter:innen der KV Berlin zum Thema pädiatrische Weiterbildung und Verbundweiterbildung gegeben.

Zudem hat es Treffen mit dem Vorstand der KV Berlin gegeben, um die augenärztliche Versorgung von Kindern in Berlin zu verbessern. An diesen Gesprächen im Oktober 2025 und Januar 2026 haben neben dem KV-Vorstand Frau Dr. med. Schaad, Frau Dr. med. Chaoui, Herr Dr. med. Bobbert, Frau Dr. med. Potthöfer, Berufsverband der Augenärzte Berlins und Herr Dr. med. Bartecky, sowie Herr Ass. jur. Hahn teilgenommen. Hinsichtlich eines weiteren Termins im Herbst dieses Jahres befindet man sich derzeit in Abstimmung.

6. Wie hat die KV auf dieses Gesprächsangebot reagiert?

Siehe Antwort auf Frage 5 und weitere Ausführungen.

7. Mit welchen weiteren „Stakeholdern“ war der Vorstand zu diesem Thema in Kontakt?

Dr. med. Laura Schaad ist regelmäßig mit dem BVKJ im Gespräch. Kernthemen sind die Etablierung von Vorsorgen, die insbesondere in den Berliner Randbezirken aufgrund der geringen Versorgung mit Kinderärzt:innen weiterhin schlecht ist. Hier haben auch bestehende Anreize der KV Berlin bisher nur begrenzt wirken können.

Der Vorstand hat in seiner Sitzung im Januar 2026 den Beitritt zum „Pakt für Kindergesundheit“ beschlossen. Dieser Pakt ist durch die DAK-Gesundheit, den Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen (BVKJ) und die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag initiiert. Er wurde im Juni 2025 auf dem BILD-Kindergesundheitsgipfel in Berlin gegründet und hat einen 11-Punkte-Maßnahmenplan entwickelt, der konkrete Verbesserungen im Bereich Kin-

dergesundheit und Impulse für die politische Arbeit liefert. Mittlerweile haben sich weitere Akteure angeschlossen, wie die Bundesärztekammer, die Landesärztekammer Bayern, KLUG – Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit, Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin (DGKJ), Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin, Stiftung Kindergesundheit oder Deutsche Kinderhilfe.

Anlässlich des Weltnichtrauchertages 2026 hat der Präsident, Herr Dr. med. Bobbert, ein gemeinsames Video mit Dr. med. Imke Decius, Vertreterin des Bundeselternrates, für die sozialen Medien gedreht. Darin gehen sie auf Werbestrategien der Tabakindustrie ein, die mit bunten Verpackungen und künstlichen Aromen in E-Zigaretten, sogenannten Vapes, gezielt Kinder und Jugendliche anspricht.

Aktuell liegt der Stabsstelle zur ersten Prüfung eine Anfrage des Sozial- und Wohlfahrtsverbandes „Volkssolidarität“ vor. Vertreter:innen des Verbandes möchten sich in einem ersten Gespräch mit der Stabsstelle beraten, inwiefern eine Kooperation im Bereich Gesundheitsprävention für Kinder eingegangen werden kann.

8. Kann der Vorstand nach eineinhalb Jahren ein Beispiel geben, welche „innovativen Konzepte zur flächendeckenden Sicherung der pädiatrischen Versorgung“ sich aus diesem Dialog abzeichnen und wann mit der Etablierung dieser Konzepte zu rechnen ist?

Die Etablierung innovativer Konzepte erfordert erfahrungsgemäß viel Zeit. Der Vorstand setzt sich dafür ein, dass der neue Senat den Runden Tisch „Kindergesundheit“ fortsetzt, um auf Landesebene effektiv innovative Konzepte einfordern und mitgestalten zu können.

9. Hat der Vorstand Einblick, inwieweit sich durch seine Intervention die proaktive Terminversorgung zu den notwendigen Vorsorgeuntersuchungen der Kinder verbessert hat?

Eine systematische Erfassung dieser Daten wird nicht unternommen und ist auch nicht leistbar.

10. Bei welcher Gelegenheit hat der Vorstand dieses Anliegen der Delegiertenversammlung an die Stellen des Landes Berlin kommuniziert?

Siehe Antwort auf Frage 1.

11. Wie haben die zuständigen Stellen des Landes reagiert?

Mit dem Runden Tisch für „Kindergesundheit“ ist von der Senatsverwaltung ein Forum geschaffen worden, in dem solche Themen platziert und besprochen werden.

12. Bei ablehnender Reaktion der staatlichen Stellen: Hat die Ärztekammer in der Diskussion mit den zuständigen Stellen auf die Bestimmungen der Artikel 24, 26 und 27 der UN-Kinderechtskonvention hingewiesen, die nach Meinung der Delegiertenversammlung eine Verteilung entsprechender Finanzmittel proportional zum Ausmaß der Kinderarmut an die einzelnen Bezirke möglich machen?

Eine ablehnende Reaktion von staatlichen Stellen ist nicht bekannt.

Die Resolution vom 19. Februar 2025 schließt mit dem folgenden Absatz: „Um Kinderarmut ernsthaft zu adressieren und Chancengleichheit herzustellen, müssen alle Berufsgruppen, die mit frühkindlicher Bildung und der Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen befasst sind, systematisch und verstärkt zusammenarbeiten. Der Vorstand der Ärztekammer Berlin wird darum gebeten, diesen Dialog in der Breite zu intensivieren und dauerhaft aufrecht zu erhalten sowie davon zu berichten.“

13. Was hat der Vorstand unternommen, um den formulierten „Dialog in der Breite zu intensivieren“?

Auf die Resolution „Kinderarmut in Deutschland endlich entschlossen entgegenzutreten!“ wurde mit einer Pressemitteilung aufmerksam gemacht. Diese wurde vom Deutschen Ärzteblatt aufgegriffen – „Resolution für mehr Engagement gegen Kinderarmut“, 21. Februar 2025.

Anlässlich des Weltkindertages am 20. September 2025 hat die Ärztekammer Berlin die Pressemitteilung „Ärztekammer Berlin warnt vor Abbau der Kindermedizin“ veröffentlicht. Darin wurde auch nochmals explizit auf die

Resolution hingewiesen. Weiterhin wurde darin ausdrücklich hervorgehoben, dass die Problematik der medizinischen Unterversorgung „eng mit der ungelösten Kinderarmut verknüpft“ sei. Anlässlich des diesjährigen Weltkindertags ist ebenfalls eine Pressemitteilung geplant, die der Thematik Nachdruck verleihen soll.

Seit der Veröffentlichung der Resolution haben sich Mitglieder des Vorstandes vielfach zu Themen der Kindergesundheit in den sozialen Medien geäußert. Im Übrigen wird auch hier auf die obigen Ausführungen zu den umfassenden Aktivitäten verwiesen.

14. Durch welche Maßnahmen oder Formate wird dieser Dialog „dauerhaft aufrecht“ erhalten?

Unabhängig von der Resolution zur Kinderarmut ist das eng damit verknüpfte Thema der Kindergesundheit schon immer eines der Kernthemen der Ärztekammer Berlin gewesen. Sowohl der aktuelle Vorstand als auch seine Vorgänger halten es für essenziell.

Exemplarisch werden folgend Aktivitäten der Ärztekammer Berlin genannt, die zur Förderung gesundheitlicher Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen beitragen. Die Aktivitäten der Kammer beziehen sich insbesondere auf (medizinischen) Kinderschutz bzw. Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen. Studien belegen, dass vor allem die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien beeinträchtigt ist. Armut und soziale Benachteiligung führen zu geringeren Bildungs- und Gesundheitschancen. Deshalb ist „Gesund aufwachsen“ auch Teil des Zielesystems der Berliner Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut

- Kongress Armut und Gesundheit: Seit nunmehr 30 Jahren unterstützt die ÄKB den Kongress Armut und Gesundheit jährlich mit einer finanziellen Zuwendung. Aktuell sind dies 3.000 Euro. Kinderarmut ist dabei immer wieder Teil des Kongressprogramms.
- Landesgesundheitskonferenz Berlin (LGK): Die Ärztekammer Berlin ist Mitglied im Steuerungsausschuss der LGK. Die Förderung von Kindergesundheit ist regelmäßig Thema des Gremiums. Im Rahmen der LGK wirkt die Ärztekammer Berlin mit bei der Umsetzung des Ziels „Gesundheitschancen für Kinder und Jugendliche erhöhen – Benachteiligung abbauen“. Dabei liegt der Fokus u. a. auf Bewegung, Ernährung, psychische Gesundheit und soziale Chancengerechtigkeit.
- Landesprogramm "Kitas bewegen - für die gute gesunde Kita" (LggK): Das Programm wird durch die Ärztekammer Berlin mit 1.000 € jährlich gefördert. Es verfolgt das Ziel der Stärkung von Bildungs- und Gesundheitschancen in Kitas sowie der Förderung gesunder Entwicklungs- und Lernprozesse.
- Projekt „Klasse 2000 - stark und gesund in der Grundschule“: Die Ärztekammer Berlin wirkt bei Gesundheitsförderung sowie Gewalt- und Suchtprävention in Grundschulen durch die jährliche Förderung des Projektes mit 1.540 € mit.
- Engagement gegen häusliche Gewalt: Nach Vorstandsbeschluss im Jahr 2011 fördert die Ärztekammer Berlin jährlich mit 5.000 Euro Fortbildungs- und Koordinationsaufgaben zur Unterstützung von Aktivitäten zu allen Aspekten der häuslichen Gewalt sowie Formen der Misshandlung und Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen. Dabei ist insbesondere das Vertiefungsseminar „Wenn Betroffene häuslicher Gewalt Kinder haben... Empfehlungen für die Praxis“ am 21.05.2025 im Rahmen der Kooperationsveranstaltungen zu Häuslicher Gewalt mit S.I.G.N.A.L. e.V. hervorzuheben. Zudem fanden von 2012 bis 2015 insgesamt neun Veranstaltungen zum Thema Kinderschutz in der Ärztekammer Berlin unter der Leitung von Herrn Dr. med. Brockstedt in Zusammenarbeit mit dem Berliner Notdienst Kinderschutz statt.
- Berliner Gesundheitspreis 2025: Der Berliner Gesundheitspreis, den die Ärztekammer Berlin gemeinsam mit dem AOK-Bundesverband alle zwei Jahre auslobt, hatte im vergangenen Jahr das Motto „Starke Schule, starke Seele“. Ausgezeichnet wurden Projekte, die die psychische Gesundheit von Kindern im schulischen Setting stärken.
- Diskussionsrunde und Positionspapier für mehr Schutz von Kindern und Jugendlichen in den sozialen Medien: Am 25. November 2026 haben Vertreter:innen aus Medizin, Politik, Wissenschaft, Lehrer- und Elternschaft in

der Ärztekammer Berlin unter dem Titel „Zwischen Reiz und Risiko: Wie Soziale Medien Kinderseelen beeinflussen“ darüber diskutiert, wie man den Gesundheitsgefahren durch soziale Medien begegnen kann. Im Nachgang wurde mit einer Pressemitteilung am 4. Dezember 2026 das Positionspapier „Soziale Medien bieten Nutzen und Risiken zugleich: Kinder und Jugendliche effektiv schützen“ veröffentlicht.

- Kooperationsveranstaltung „Medizinischer Kinderschutz“ in den Räumen der ÄKB am 14./15.11.2025: Das sehr gut angenommene zweitägige Curriculum umfasste 14 Unterrichtseinheiten zum Thema Medizinischer Kinderschutz. Inhalte waren Grundlagen wie Häufigkeiten, Definitionen und Folgen der verschiedenen Gewaltformen und Formen der Vernachlässigung, rechtliche Rahmenbedingungen und ein Überblick über die aktuellen Versorgungsstrukturen. Zudem wurden anhand von Beispielen Fälle von körperlicher Gewalt und Vernachlässigung, Fälle von sexualisierter Gewalt, Fälle von emotionaler Gewalt und Vernachlässigung diskutiert, wobei das Sprechen mit Kindern über Gewalt und Vernachlässigung besonders berücksichtigt wird. Kooperationspartner war Prof. Dr. med. Sibylle M. Winter, Charité, stellvertretende Klinikdirektorin, Univ.-Professorin für Traumafolgen und Kinderschutz, Leiterin der Kinderschutzambulanz und des Childhood-Haus Berlin, Traumaambulanz, Kinderschutzgruppe.

15. Wann ist damit zu rechnen, dass der Vorstand zu dem Thema der Delegiertenversammlung ausführlich berichtet?

Die Beantwortung der Anfrage stellt einen ausführlichen Bericht zur aktuellen Lage dar. Sobald weitere Gespräche mit der KV Berlin zum Thema geführt wurden und konkrete Ergebnisse vorliegen, wird der Vorstand über den weiteren Verlauf berichten.

Der Vorstand setzt sich im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben mit Nachdruck für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Berlin ein und bringt dieses Ziel konsequent in die Politik ein. Dabei ist zu bedenken, dass die Sorge um eine gute Kindergesundheit sowie die Bekämpfung von Kinderarmut eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind, die uns alle angeht.